

Otmar Nieß
StD i. R.
(ehemaliger Regionaler Fachberater Geschichte)

Unterrichtsreihe:
Die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland

Unterrichtseinheit:
Die Frankfurter Dokumente und die Koblenzer Rittersturz-Konferenz

Didaktische Hinweise:

Der Lehrplan erwartet von Schülerinnen und Schülern im Zusammenhang mit der Deutschen Frage Kenntnisse von der Situation in Deutschland nach dem Zusammenbruch und über den Aufbau und die Einbindung der beiden Teile Deutschlands in unterschiedliche Machtblöcke und Gesellschaftssysteme. In diesem Zusammenhang werden neben der Stunde „Null“ und dem Potsdamer Abkommen die Frankfurter Dokumente im Lehrplan ausdrücklich erwähnt. Die auf den Empfehlungen der Londoner Konferenz formulierten Dokumente der drei westlichen Siegermächte wurden später zum ersten Schritt auf dem Weg zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die in den Dokumenten intendierte Weststaatsgründung auf föderaler Basis entsprach insbesondere US-amerikanischen Vorstellungen. Die in den Dokumenten angebotene staatliche Souveränität der Deutschen war in den Texten verbunden mit der Ankündigung eines Besatzungsstatutes, was wiederum eine Einschränkung dieser Souveränität des zu konstituierenden Weststaates bedeuten konnte. Von deutscher Seite wurde diese Verquickung von Verfassung und Besatzungsstatut ebenso kritisiert, wie die im Ost-West-Konflikt gegebene Möglichkeit, eine mögliche deutsche Teilung durch Gründung eines Weststaates zu forcieren. Gleichwohl war den Ministerpräsidenten, die in dieser Frage als einzig politisch legitimierte Vertreter Deutschlands auf dem Rittersturz in Koblenz ihre Antwort formulierten, bewusst, dass eine weitere Entwicklung Deutschlands hin zu Demokratie und Souveränität grundsätzlich wünschenswert sei, aber die deutsche Teilung nicht sanktionieren dürfe. Daher erfolgte sowohl die Ablehnung gegenüber der Errichtung einer verfassungsgebenden Versammlung als auch die Ablehnung eines Referendums. Die letztlich formulierte Position, aus den drei Westzonen eine staatliche Organisation zu bilden, die aber eigentlich kein Staat sein dürfe, erwies sich als nicht zu realisierender Drahtseilakt. Die Deutsche Seite konnte aber erreichen, dass die 1949 „gegründete“ Bundesrepublik als staatliches Provisorium definiert wurde.

Methodische Hinweise:

Die hier dargestellte Unterrichtssequenz versucht die Nachkriegssituation, besonders der drei Westzonen, exemplarisch am Beispiel der Beziehung zwischen den drei westlichen Besatzungsmächten und ihren Besatzungszonen aufzuarbeiten. Dabei wird die Entwicklung zum sogenannten Weststaat auf dem Hintergrund des Kalten Krieges in den Mittelpunkt gerückt, andere Aspekte wie der politische Wiederaufbau Deutschlands, aber auch die Not der Nachkriegsjahre treten dagegen zurück.

Die vorgelegten Materialien gliedern die Unterrichtsreihe in wesentlich drei Blöcke:

1. das Angebot der Westmächte (Quellenarbeit)
2. die Konferenz auf dem Rittersturz zu Koblenz (Rollenspiel)
3. die Antwort der Ministerpräsidenten und erste Reaktionen

Fachkompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler sollen:

- 1 die grundlegende Situation in Deutschland 1945 kennen.
- 2 mit Hilfe von Karikaturen die Entwicklung Deutschlands im Kalten Krieg 1945-1949 darstellen.
- 3 die Abhängigkeit Deutschlands von den Siegermächten erkennen.
- 4 den Ost-West-Konflikt als wesentliche Determinante der Deutschen Frage bestimmen.
- 5 die Deutschlandvorstellungen und beabsichtigte Verfahrensweise der westlichen Siegermächte aus den Frankfurter Dokumenten ermitteln („Weststaatsgründung“).
- 6 die Vorstellungen der Frankfurter Dokumente mit vermuteten und formulierten Einwänden von deutscher Seite konfrontieren.
- 7 die Rolle der Ministerpräsidenten als einzige politisch legitimierte Institution im damaligen Deutschland erkennen.
- 8 das Dilemma der Ministerpräsidenten zwischen den Bezugspunkten fortschreitender Demokratisierung für den westlichen Teil Deutschlands und dem Offenhalten der gesamtdeutschen Option („Deutsche Frage“) erkennen.

Methoden- und Kommunikationskompetenzen:

Die Schülerinnen und Schüler sollen

1. ein Rollenspiel vorbereiten und
2. eine historische Rolle / Position im Rollenspiel vertreten.

Literatur:

B. Blank: Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik. Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente vom Juli 1948, Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 44. Oldenbourg, München 1995.

C. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1949, Bonn 1986.

Das Werden eines neuen Staates. Dreißig Jahre Bundesrepublik, hg. vom Schulfunk des SDR, SR und SWF, MS, o.O. 1979

Deutschland 1945-1961: Praxis Geschichte Heft 4/2014.-

Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz: Rittersturzkonferenz, Katalog, Koblenz 1988.-

Nachkriegsjahre: Praxis Geschichte Heft 4/2002.-

T. Vogelsang, Das geteilte Deutschland, München 1966 u. ö.

https://www.landeshauptarchiv.de/service/landesgeschichte-im-archiv/blick-in-die-geschichte/archiv-nach-jahrgang/08071948/?L=0&no_cache=1&sword_list%5B0%5D=rittersturzkonferenz

https://www.politische-bildung-rlp.de/fileadmin/download_neu/blaetterzumland/Rittersturz.pdf

<https://de.wikipedia.org/wiki/Rittersturz-Konferenz>



Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier auf der Koblenzer Konferenz. Daneben von links Dr. Hans Ehard, Louise Schroeder, Jakob Steffan.
https://de.wikipedia.org/wiki/Rittersturz-Konferenz#/media/File:Bundesarchiv_B_145_Bild-F046120-0035,_Koblenz,_%22Rittersturz-Konferenz%22.jpg
(CC-BY-SA)

Materialübersicht:

1. Zeittafel 1945-1955
2. Auszug aus den Frankfurter Dokumenten der drei westlichen Alliierten Siegermächte
3. Vorschlag Tafelbild
4. Anweisung zu einem Rollenspiel: Die Konferenz auf dem Rittersturz zu Koblenz
5. Antwortnote der Ministerpräsidenten nach der Konferenz
6. Besprechung von US-General Clay mit den Ministerpräsidenten der US-amerikanischen Besatzungszone (Verwendung auch als Überprüfung denkbar)



Denkmal an die Rittersturz-Konferenz, Aussichtspunkt Rittersturz in Koblenz
Foto: Holger Weinandt in: https://de.wikipedia.org/wiki/Rittersturz-Konferenz#/media/File:Rittersturz_02_Koblenz_2013.jpg (CC-BY-SA)

Material 1: Zeittafel

Zeittafel: Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges

1945	
8. Mai	Kapitulation der deutschen Wehrmacht; Ende des 2. Weltkrieges.
13. Mai	Bildung einer Landesmilitärregierung in Baden durch die Franzosen; der Sitz wird am
10. Juli	nach Freiburg verlegt.
28. Mai	Die amerikanische Militärregierung ernennt Dr. Fritz Schäffer zum Ministerpräsidenten von Bayern.
5. Juni	Bildung der vier Besatzungszonen.
9. Juni	Errichtung der sowjetischen Militäradministration (SMAD).
1.-4. Juli	Amerikanische und britische Truppen räumen die von ihnen besetzten Gebiete in der Provinz Sachsen, im Land Sachsen, in Thüringen und in Mecklenburg; sie besetzen die Westsektoren Berlins. Die sowjetische Besatzungsmacht errichtet wieder Länderverwaltungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg.
17. Juli bis 2. August	Potsdamer Konferenz; wichtige Entscheidungen für die Zukunft Deutschlands. Vorgegangen war vom 4. bis 11. Februar die Konferenz von Jalta.
6./9. August	Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.
19. September	Errichtung der Länder Großhessen, Bayern und Württemberg-Baden durch die amerikanische Besatzungsmacht.
16. Oktober	Konstituierung des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern.
1946	
21./22. April	Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in Berlin; Gründung der SED.
18. Juli	Zusammenlegung des von den Briten besetzten Nordteils der preußischen Rheinprovinz mit der Provinz Westfalen.
23. August	Auflösung Preußens; die bisherigen Provinzen in der britischen Besatzungszone werden Länder (Nordrhein-Westfalen, Schleswig- Holstein, Hannover).
30. August	Gründung des Landes Rheinland-Pfalz durch die französische Besatzungsmacht.
1. November	Die britische Militärregierung bildet aus Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe das Land Niedersachsen.
22. Dezember	Frankreich schließt die Grenze zwischen dem Saarland und dem übrigen Deutschland. Die saarländische Verfassung tritt am 17. Dezember 1947 in Kraft, eine Zollunion des Saarlandes mit Frankreich am 1. April 1948.
1947	
18. Mai	Durch Volksabstimmungen werden die Verfassungen von Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz angenommen (französische Zone).
5. Juni	Verkündung des Marshallplanes.
6./7. Juni	Konferenz der Ministerpräsidenten aus allen vier Zonen in München; das Ende der Existenz Deutschlands als Einheit beginnt sich abzuzeichnen.
25. November	Außenministerkonferenz der vier Besatzungsmächte in London. In der Folge erste Initiativen der Besatzungsmächte zu einer staatlichen Neuordnung in Westdeutschland.
1948	
7./8. Januar	Gründung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes aus amerikanischer und britischer Zone (Umorganisation der Bizone).
23. Februar	Londoner Sechsmächtekonferenz bis 2. Juni (USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg); Hauptthema: Deutschland.
20. März	Der sowjetische Marschall Sokolowski verlässt den Alliierten Kontrollrat; dessen Arbeit findet damit praktisch ein Ende.



20. Juni Währungsreform in den drei Westzonen.

23. Juni Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone.

26. Juni bis 12. Mai 1949 Berliner Blockade; Luftbrücke der Westmächte.
1. Juli Konferenz der drei westlichen Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten ihrer Besatzungszonen in Frankfurt; Überreichung der „Frankfurter Dokumente“ (Vorstellungen der Besatzungsmächte zur künftigen Verfassung Deutschlands).

8. bis 10. Juli Rittersturzkonferenz in Koblenz
15. bis 16. Juli Ministerpräsidentenkonferenz im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim.

20. Juli Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt.

21. bis 22. Juli Zweite Konferenz der Ministerpräsidenten im Jagdschloss Niederwald.

26. Juli Schlusskonferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt.

10. bis Tagung des Verfassungskonvents 23. August auf Herrenchiemsee.

31. August Dritte Konferenz der Ministerpräsidenten im Jagdschloss Niederwald.

1. September Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie (später Bundeshaus) zu Bonn.

30. November Errichtung eines „provisorischen demokratischen Magistrates“ für Ost-Berlin; Beginn der Spaltung Berlins.

1949

4. April Abschluss des Nordatlantikpaktes (NATO).

8. April Bildung der Trizone (aus der Bizone und der franz. Zone mit Ausnahme des Saargebietes).

23. Mai Nach Ratifizierung in den Landtagen Inkrafttreten des Grundgesetzes; Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

14. August Wahlen zum ersten Bundestag.

12. September Wahl von Prof. Dr. Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten.

15. September Wahl von Dr. Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler.

7. Oktober Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

1951

9. Dezember Volksabstimmung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern über die Bildung eines Südweststaates.

1952

25. April Bildung der ersten Landesregierung; Gründung des Landes Baden-Württemberg.

1955

23. Oktober Ablehnung des Saarstatus. Politische Rückgliederung des Saarlandes am 1. Januar 1957.



Zeittafel aus: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz: Rittersturzkonferenz, Katalog, Koblenz 1988, S. 9f.-

Karte: Die Besatzungszonen in Deutschland 1945, in

https://de.wikipedia.org/wiki/Bizone#/media/File:Deutschland_Besatzungszonen_1945.svg (CC-BY-SA)

Karte: Trizone, in <https://de.wikipedia.org/wiki/Trizone#/media/File:Trizone.png> (CC-BY-SA)

Bild: Berliner erwarten einen „Rosinenbomber“ während der Berlin-Blockade, in:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Berlin-Blockade#/media/File:C-54landingattemplehof.jpg> (CC-BY-SA)

Material 2:

**Dokumente zur künftigen politischen Entwicklung Deutschlands
(»Frankfurter Dokumente«) Frankfurt, 1. Juli 1948**

Dokument Nr. I: (Verfassungsrechtliche Bestimmungen)

In Übereinstimmung mit den
5 Beschlüssen ihrer Regierungen
autorisieren die Militärgouverneure der
amerikanischen, britischen und
französischen Besatzungszone in
Deutschland die Ministerpräsidenten der
10 Länder ihrer Zonen, eine Verfassungs-
gebende Versammlung ein zu berufen,
die spätestens am 1. September 1948
zusammentreten sollte. Die
Abgeordneten zu dieser Versammlung
15 werden in jedem der bestehenden Länder
nach den Verfahren und Richtlinien
ausgewählt, die durch die gesetzgebende
Körperschaft in jedem dieser Länder
angenommen werden. Die Gesamtzahl
20 der Abgeordneten zur Ver-
fassunggebenden Versammlung wird
bestimmt, in dem die Gesamtzahl der
Bevölkerung nach der letzten
Volkszählung durch 750 000 oder eine
25 ähnliche von den Ministerpräsidenten
vorgeschlagene und von den
Militärgouverneuren gebilligte Zahl
geteilt wird. Die Anzahl der
Abgeordneten von jedem Land wird im
30 selben Verhältnis zur Gesamtzahl der
Mitglieder der Verfassunggebenden
Versammlung stehen, wie seine Bevöl-
kerung zur Gesamtbevölkerung der
beteiligten Länder.
35 Die Verfassunggebende Versammlung
wird eine demokratische Verfassung
ausarbeiten, die für die beteiligten
Länder eine Regierungsform des
föderalistischen Typs schafft, die am
40 besten geeignet ist, die gegenwärtig
zerrissene deutsche Einheit schließlich
wiederherzustellen, und die Rechte der
beteiligten Länder schützt, eine
angemessene Zentralinstanz schafft und
45 die Garantien der individuellen Rechte
und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der
Verfassunggebenden Versammlung
ausgearbeiteten Form mit diesen
50 allgemeinen Grundsätzen nicht in
Widerspruch steht, werden die Militär-
gouverneure ihre Vorlage zur
Ratifizierung genehmigen. Die
Verfassunggebende Versammlung wird
55 daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in
jedem beteiligten Land erfolgt durch ein
Referendum, das eine einfache Mehrheit
der Abstimmenden in jedem Land
erfordert, nach von jedem Land jeweils
60 anzunehmenden Regeln und Verfahren.
Sobald die Verfassung von zwei Dritteln
der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft
und ist für alle Länder bindend. Jede
Abänderung der Verfassung muss
65 künftig von einer gleichen Mehrheit der
Länder ratifiziert werden. Innerhalb von
30 Tagen nach dem Inkrafttreten der
Verfassung sollen die darin
vorgesehenen Einrichtungen geschaffen
70 sein.

Dokument Nr. II: (Länderneugliederung)

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die
75 Grenzen der einzelnen Länder zu
überprüfen, um zu bestimmen, welche
Änderungen sie etwa vorzuschlagen
wünschen. ... Wenn diese Empfehlungen
von den Militärgouverneuren nicht
80 missbilligt werden, sollten sie zur
Annahme durch die Bevölkerung der
betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit
der Auswahl der Mitglieder der
Verfassunggebenden Versammlung
85 vorgelegt werden. (...)

Dokument Nr. III: (Grundzüge eines
Besatzungsstatuts)

90 Die Schaffung einer verfassungsmäßigen
deutschen Regierung macht eine
sorgfältige Definition der Beziehungen

zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig.

95 Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:

A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der

100 Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des

105 grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen

110 vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.

b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische

115 Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu

gewährleisten, dass die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in Bezug auf Deutschland eingegangen sind,

120 geachtet werden und dass die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden. (...)

B. Die Militärgouverneure werden die

125 Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wiederaufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.

130 C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben: Jede Verfassungsänderung ist den

135 Militärgouverneuren zur Genehmigung

(Aus: Wagner [Hrsg.], Der Parlamentarische Rat, a.a.O., S. 130 ff.; Abdruck in: Das Werden eines neuen Staates. Dreißig Jahre Bundesrepublik, hg. vom Schulfunk des SDR, SR und SWF, MS, o.O. 1979)

Aufgaben:

1. Stellen Sie die Vorstellungen der drei westlichen Siegermächte über die künftige Gestalt Deutschlands zusammen und konkretisieren Sie diese! In welchen Schritten soll die Realisierung dieses Vorhabens erfolgen?
2. Welche Rechte bleiben den Siegermächten vorbehalten? Versuchen Sie eine Definition der Rolle, die die Siegermächte übernehmen wollen?
3. Welche politischen Handlungs- und Entscheidungsräume verbleiben im Falle der Realisierung den verantwortlichen Politikern in Deutschland? Welche Einwände sind möglicherweise zu erwarten? Erörtern Sie!

vorzulegen. Sofern nicht anders bestimmt, treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen

140 Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.

Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung

145 und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der

150 Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der

155 Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.

Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden

160 daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassungsgebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu

165 vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen. Wenn die Militärgouverneure ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die

170 Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im Klaren ist, dass sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.

Material 3: Vorschlag Tafelbild:

Deutschland 1945-1949: Teil 1: Entwicklung der Westzonen

<p>Potsdamer Konferenz</p> <p>Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">• Demokratisierung• Denazifizierung• Dezentralisierung• Demilitarisierung <p>Grundsätze:</p> <ul style="list-style-type: none">• Einteilung in drei, später vier Besatzungszonen• Deutschland in den Besatzungszonen als Einheit• Alliierte Kommissare als Regierungsgewalt	<p>Blockbildung in Europa</p> <p>SBZ nach sowjetischem Vorbild</p> <p>Verweigerungshaltung der UdSSR auf internationalen Konferenzen</p> <p>Bildung der Bi-Zone</p> <p>Saarpolitik Frankreichs</p>	<p>Frankfurter Dokumente der drei westlichen Besatzungsmächte</p> <ul style="list-style-type: none">• deutscher Staat in den drei Westzonen• Bundesstaat (Föderalismus)• Länderneugliederung bis zur Staatsgründung•• Souveränität nur im Rahmen eines Besatzungsstatutes:• Kontrollrechte der Alliierten Siegermächte• Vorbehaltsrechte der Alliierten <p>Verfahren:</p> <ul style="list-style-type: none">• Zustimmung der Ministerpräsidenten zu diesem Plan• verfassungsgebende Versammlung aus den Ländern• Ausarbeitung einer Verfassung• Referendum zur Verfassung in den Ländern (2/3 Annahme erforderlich)
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Material 4: Rollenspiel „Die Konferenz auf dem Rittersturz zu Koblenz“

An der Konferenz nahmen folgende Länderchefs mit ihren Delegationen teil:



BADEN (französische Zone)
Präsident des Staatssekretariats Dr. Leo Wohleb, CDU

BAYERN (amerikanische Zone)
Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, CSU

BERLIN
Amtierende Oberbürgermeisterin Frau Louise Schröder, SPD

BREMEN (amerikanische Zone)
Senatspräsident Wilhelm Kaisen, SPD

HAMBURG (britische Zone)
Bürgermeister Max Brauer, SPD

HESSEN (amerikanische Zone)
Ministerpräsident Christian Stock, SPD

NIEDERSACHSEN (britische Zone)
Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, SPD

NORDRHEIN - WESTFALEN (britische Zone)
Ministerpräsident Karl Arnold, CDU

RHEINLAND - PFALZ (französische Zone)
Ministerpräsident Peter Altmeier, CDU

SCHLESWIG - HOLSTEIN (britische Zone)
Ministerpräsident Hermann Lüdemann, SPD

WÜRTTEMBERG - BADEN (amerikanische Zone)

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier, DVP-FDP

WÜRTTEMBERG - HOHENZOLLERN (französische Zone)
Staatspräsident Lorenz Bock, CDU

Zu erwähnen wären als weitere Tagungsteilnehmer aus der Delegation von Rheinland-Pfalz der damalige Justizminister Süsterhenn, CDU, sowie aus der Abordnung von Württemberg-Hohenzollern der stellvertretende Staatspräsident Carlo Schmid, SPD.

Aufgabe:

Verteilen Sie die jeweiligen Ländervertreter im Kurs und bereiten Sie sich vor, als Vertreter eines Landes an der Konferenz in Koblenz teilzunehmen!

Bild oben: Konferenzteilnehmer von links: Lorenz Bock, Viktor Renner, Franz Suchan, Hermann Lüdemann, Rudolf Katz, Hinrich Wilhelm Kopf, Justus Danckwerts

Bildnachweis: Bundesarchiv in: https://de.wikipedia.org/wiki/Rittersturz-Konferenz#/media/File:Bundesarchiv_Bild_175-05845,_Koblenz,_%22Rittersturz-Koenz%22.jpgnfer (CC-BY-SA)

Material 5:

Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten

Koblenz, den 10. Juli 1948
Herr General!

Die Ministerpräsidenten der Länder der
5 drei westlichen Besatzungszonen haben
sich vom 8. bis 10. Juli dieses Jahres in
Koblenz versammelt, um die von Ihnen
erbetenen Antworten auf die am 1. Juli
dieses Jahres überreichten Dokumente zu
10 beraten. ...Die Ministerpräsidenten sind
davon überzeugt, dass die Notstände,
unter denen Deutschland heute leidet, nur
bezwungen werden können, wenn das
deutsche Volk in die Lage versetzt wird,
15 seine Angelegenheiten auf der jeweils
möglichen höchsten territorialen Stufe
selbst zu verwalten. Sie begrüßen es
daher, dass die Besatzungsmächte
entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion
20 unterstehenden Gebietsteile
Deutschlands zu einem einheitlichen
Gebiet zusammenzufassen, dem von der
Bevölkerung selbst eine kraftvolle
Organisation gegeben werden soll, die es
25 ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu
wahren, ohne die Rechte der Länder zu
gefährden.

Die Ministerpräsidenten glauben jedoch,
30 dass, unbeschadet der Gewährung
möglichst vollständiger Autonomie an
die Bevölkerung dieses Gebietes alles
vermieden werden müsste, was dem zu
schaffenden Gebilde den Charakter eines
35 Staates verleihen würde; sie sind darum
der Ansicht, dass auch durch das hierfür
einzuschlagende Verfahren zum
Ausdruck kommen müsste, dass es sich
lediglich um ein Provisorium handelt
40 sowie um eine Institution, die ihre
Entstehung lediglich dem augen-
blicklichen Stand der mit der
gegenwärtigen Besetzung Deutschlands
verbundenen Umstände verdankt.

45 In Anbetracht der bisherigen
Unmöglichkeit einer Einigung der vier
Besatzungsmächte über Deutschland
müssen die Ministerpräsidenten

50 besonderen Wert darauflegen, dass bei
der bevorstehenden Neuregelung alles
vermieden wird, was geeignet sein
könnte, die Spaltung zwischen West und
Ost weiter zu vertiefen. ... Für den
55 Vorschlag der Ministerpräsidenten, von
einem Volksentscheid Abstand zu
nehmen, waren die gleichen Erwägungen
maßgebend. Ein Volksentscheid würde
dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen,
60 das nur einer endgültigen Verfassung
zukommen sollte. Die
Ministerpräsidenten möchten an dieser
Stelle noch einmal betonen, dass ihrer
Meinung nach eine deutsche Verfassung
65 erst dann geschaffen werden kann, wenn
das gesamte deutsche Volk die
Möglichkeit besitzt, sich in freier
Selbstbestimmung zu konstituieren; bis
zum Eintritt dieses Zeitpunktes können
70 nur vorläufige organisatorische Maßnah-
men getroffen werden.

In der Frage der Änderung der
Ländergrenzen sind die Mini-
75 sterpräsidenten einmütig der Ansicht
geworden, dass eine grundsätzliche und
endgültige Lösung geboten ist und einge-
hender Prüfung bedarf. ... Eine solche
Überprüfung und Gestaltung der Länder
80 im vereinigten Verwaltungsgebiet ist eine
deutsche Aufgabe. Sie setzt das
Vorhandensein gemeinsamer Organe
demokratisch parlamentarischen
Charakters voraus. Sie kann daher nicht
85 in kurzer Zeit gelöst werden.

Mit besonderem Ernst haben die
Ministerpräsidenten die Probleme
geprüft, die mit der Ordnung der
90 Ausübung der Besatzungsherrschaft
zusammenhängen. Sie haben mit
Genugtuung von der Absicht Kenntnis
genommen, die Beziehungen zu den
Besatzungsmächten auf eine klare
95 Rechtsgrundlage zu stellen. Die
Ministerpräsidenten sind jedoch der
Ansicht, dass der Erlass eines
Besatzungsstatutes durch die

100 Militärgouverneure schon vor der
Aufnahme der Tätigkeit der mit der Bera-
tung des Grundgesetzes für das Gebiet
der drei Westzonen beauftragten
Körperschaft eine dringende
105 Notwendigkeit ist; nur dann wird diese
eine sichere Arbeitsgrundlage haben. Sie
sind weiter der Meinung, dass in dem
Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck
kommen sollte, dass auch die nunmehr
geplanten organisatorischen Änderungen
110 letztlich auf den Willen der Be-
satzungsmächte zurückgehen, woraus
sich andere Konsequenzen ergeben
müssen, als wenn sie ein Akt freier
Selbstbestimmung des deutschen Volkes
115 wären.

Mit ihren eingehenden Vorschlägen
wollen die Ministerpräsidenten ihrer
Überzeugung Ausdruck verleihen, dass
120 den deutschen Organen alle Befugnisse
zustehen sollten, die ihnen nicht durch
das Besatzungsstatut selbst vorenthalten
werden; von bestimmten Ausnahmen
abgesehen, sollten sich die Maßnahmen
125 der Besatzungsmächte grundsätzlich auf
die Überwachung der Tätigkeit der
deutschen Organe unter dem Ge-
sichtspunkt der Sicherstellung der
Erfüllung der Besatzungszwecke
130 beschränken.

Besonders bedeutsam erscheint hierbei
die Notwendigkeit, den deutschen
Außenhandel von den
Beschränkungen zu befreien, unter denen

135 seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat.
(...)

Schließlich richten die
Ministerpräsidenten an die Militärgou-
verneure die Bitte, in regelmäßigen
140 Zeitabständen zu prüfen, ob die
Entwicklung der Verhältnisse nicht eine
weitere Ausdehnung der deutschen
Zuständigkeit und einen weiteren Abbau
145 der Kontrolle erlauben könnte.

Die Ministerpräsidenten sprechen endlich
den Wunsch und die Erwartung aus, dass
durch einen Beschluss der Regierungen
Frankreichs, Großbritanniens und der
150 Vereinigten Staaten der Kriegszustand
aufgehoben werden möge. (...)

Die Ministerpräsidenten möchten nicht
schließen, ohne den Militärgouverneuren
155 dafür zu danken, dass sie durch ihre
Initiative die Möglichkeiten für eine
immer weiter fortschreitende
Entwicklung der Demokratie erweitert
haben, die sich nur dort zu entfalten
160 vermag, wo ein Volk in freier
Entscheidung Verantwortung auf sich
nehmen und über sich selbst bestimmen
kann. Sie geben der Versicherung
Ausdruck, dass sie ebenso wie die
165 Militärgouverneure alles tun werden, was
dem Frieden der Welt und der Einheit
eines freien und demokratischen
Deutschlands dienlich sein kann.

170 (Unterschriften)

(Aus: Wagner [Hrsg.], Der Parlamentarische Rat, a.a.O., S. 143 ff.; Abdruck in: Das Werden eines neuen Staates. Dreißig Jahre Bundesrepublik, hg. vom Schulfunk des SDR, SR und SWF, MS, o.O. 1979)

Aufgaben:

- 1 An welchen Stellen weichen die Überlegungen der Ministerpräsidenten von den Positionen der Frankfurter Dokumente ab? Werden durch diese Änderungen zusätzliche Freiräume in der Gestaltung Deutschlands ermöglicht? Vergleichen Sie!
- 2 Überlegen Sie, wie insbesondere die Einwände der Ministerpräsidenten gegen ein Referendum zu verstehen sind!
- 3 Bedenken Sie, welche Problematik in der Antwort der Ministerpräsidenten erkennbar wird!
- 4 Welche Reaktionen seitens der Westmächte erwarten Sie auf diese Stellungnahme? Formulieren Sie beispielhaft!

Material 6:

Besprechung von General Clay mit den Ministerpräsidenten der US-amerikanischen Besatzungszone

Besprechung General Clay's mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone (Dr. Ehard, Dr. Maier, Stock, Bürgermeister Kaisen) am 14. Juli 1948 von 18.40 bis 20 Uhr im IG-Farbenhaus in Frankfurt/Main nach einem mündlichen Bericht des Ministerpräsidenten Dr. Ehard an Staatminister Dr. Pfeiffer und den unterzeichneten Protokollführer.

- General Clay war sehr liebenswürdig in der Form, keineswegs erregt, aber während der ganzen Besprechung voll des Ausdrucks einer schweren Enttäuschung.
- 5 Er habe, sagte er, drei Monate dafür gekämpft, diese Vollmachten für die Errichtung eines Weststaates durchzusetzen, und zwar gegen den Widerstand der
- 10 Franzosen, die immer gesagt hätten, die Deutschen würden davon keinen Gebrauch machen.
- 15 Die Koblenzer Konferenz sei für ihn eine ganz große Enttäuschung. Die Deutschen hätten die gebotene Chance nicht genutzt. Die Deutschen hätten sich so verhalten, dass die Entscheidung darüber, ob ein Weststaat
- 20 werden solle oder nicht, in den Händen des Generals König liege.
- 25 Es sei nun dahin gekommen, dass die Dinge noch einmal an die Regierungen zurückgehen müssten. Man wisse nicht, ob den Deutschen noch einmal eine solche Chance geboten werden könne.
- 30 Dr. Ehard versuchte General Clay klarzumachen, dass er die Dinge falsch sehe, man wolle im Ziel auf beiden Seiten das gleiche, die Koblenzer Stellungnahme
- 35 erstrebe eine Zusammenfassung der Trizone, die Schaffung einer Exekutive, einer gemeinsamen legislativen Körperschaft und einer Ländervertretung.

aus: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Rittersturz-Konferenz Koblenz, Koblenz 1988, S. 78.-

- 1 Erläutern Sie die Entstehung des Textes, die Textart und die wesentlichen Textaussagen!*
- 2 Welche wesentlichen Ereignisse waren der geschilderten Begegnung vorausgegangen? Berichten Sie!*
- 3 Bestimmen Sie General Clays Position!*
- 4 Die Antwort von Ehard ist nur im Anfang wiedergegeben. Ergänzen Sie selbst!*